

Die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion V0383/21, der UWG-Stadtratsfraktion V0217/21, V0388/21, der CSU-Stadtratsfraktion V0359/21, der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP V0546/21 und die Beschlussvorlage der Verwaltung V0476/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

V0383/21

Alternativen zum Bau der Kammerspiele
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.05.2021-

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 01.07.2021

Herr Engert informiert, dass die Verwaltung versucht habe, die verschiedenen Anträge zusammenzufassen und soweit wie möglich zu beantworten. Dazu habe man eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, die dem Protokoll beigelegt ist, welche die wesentlichen Punkte beinhalte. Was die temporäre Ausweichspielstätte angehe, habe man nachweisen können, dass nach der Erfahrung anderer Städte dies keinesfalls günstiger wäre als das, was man in Ingolstadt plane. Betrachte man den städtischen Kostenanteil, sei der einzige Unterschied, dass bei einer temporären Ausweichspielstätte alle Kosten verloren gehen würden. Man hätte keine Verbesserung der Infrastruktur und Situation, sondern lediglich sehr viel Geld ausgegeben. Zur Veranschaulichung bringt Herr Engert als Beispiel die Stadt Augsburg. Diese werde nach seinen Worten insgesamt ca. 30 Mio. Euro für eine Ausweichspielstätte aufwenden, ohne dass nachher etwas davon bleibe, nicht einmal ein Zuschuss. Dies gelte ebenfalls für eine Zeltlösung, die zudem starke Einschränkungen der Qualität für die Besucher über die Jahre der Sanierung mit sich bringen würde. In der Diskussion werde manchmal übersehen, dass in den Kosten der Kammerspiele auch noch die Werkstätten enthalten seien, welche auf jeden Fall gemacht werden müssten. Was momentan als Werkstätten zur Verfügung stehe, funktioniere nicht. Insofern müssen diese zur Ausweichspielstätte separat errichtet werden. Als zweiten Punkt bezieht sich Herr Engert auf die Frage, ob dem Kulturreferat Alternativen zu Ausweichspielstätten bekannt seien. Diese Frage habe er so verstanden, ob der Theaterbetrieb für diese Zeit komplett stillgelegt werden könne. Dies sei rechtlich nicht möglich, da es im tarifvertraglichen Bereich unbefristete Arbeitsverhältnisse gebe. Im künstlerischen Bereich habe man zwar befristete Arbeitsverträge, jedoch sei die Kündigung immer auf die künstlerische Leistung bezogen und nicht auf die Frage einer Sanierung, erläutert er. Dies bedeute, man könne diese Arbeitsverhältnisse nicht kündigen. Man würde das Personal weiterbezahlen müssen und bekäme für diese Zeit keine Zuschüsse vom Freistaat Bayern. Abgesehen davon ist Herr Engert der Meinung, dass man durch diese Lösung sämtliche Abonnenten an andere Städte verlieren könnte. Insofern hätte dies verheerende Folgen für das Theater nach der Sanierung. Auch die Alternative "Klenzpark" wieder aufleben zu lassen, hält Herr Engert für problematisch. Es gebe mehrere Gründe, weshalb dieser ursprünglich vorgesehene Standort nicht funktioniere. Zum einen stehe auf den Flächen ein Depot des bayerischen Armeemuseums mit 3000 Quadratmetern, welches man ersetzen müsste, und zum anderen stehe die Fläche nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung, da der Staat inzwischen die Reithalle zum Schaudepot für das Armeemuseum ausbaue. All dies würde zu einer völlig neuen Planung und hohen Kosten führen. Zudem würden dann am jetzigen Standort verlorene Planungskosten von 3,3 Mio Euro hinzukommen, untermauert er. Die vom gestrigen Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE / ÖDP vorgeschlagene unbebaute Fläche sei in Privatbesitz, führt Herr Engert fort. Der Eigentümer solle bereits vor drei bis vier Jahren geäußert haben, dass er das Grundstück auf keinem Fall verkaufen wolle. Auch alle anderen

Flächen in diesem Umfeld seien in Privatbesitz und es müsste zunächst geprüft werden, ob die Eigentümer verkaufsbereit wären. Das bedeute, dass an solchen Stellen erhebliche Grundstückskosten im Raum stehen würden. Man rede hier von Grundstückspreisen, welche wohl einige tausend Euro pro Quadratmeter ausmachten, betont Herr Engert. Es würden so Kosten hinzukommen, welche nicht zuschussfähig wären. Insofern schlägt die Verwaltung vor, das Thema "Klenzepark" nicht nochmals aufzugreifen, sondern zunächst abzuwarten, was zum Ende des Jahres die beauftragte Planung ergebe. Dann könne man entscheiden, ob man das Projekt fortsetzen möchte oder nicht, empfiehlt Herr Engert.

Herr Fall berichtet, dass man sich aktuell in einem Planungsprozess befinde. Dabei geht er anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, näher auf das Thema Risikoeinschätzung und -minimierung Baugrund/Bestand ein. Mit Zunahme des Wissens minimiere sich das Risiko und je tiefer man in dem Projekt stecke, desto genauer könne man Kosten benennen, erläutert er. Zum Thema Baugrund sagt er, es seien bauzeitliche Pläne, Statikunterlagen, Schriftverkehr und Prüfberichte vom Prüfungsstatiker sowie Gutachten (z.B. zum Thema Auswirkungen der Schlitzwand auf das Grundwasser) vorhanden. Herr Fall sagt, er sei der Meinung, man habe wirklich sehr umfangreiche Unterlagen, auch was Bauteiluntersuchungen zu Zeiten der Sanierung der Tiefgarage betreffe. Diese seien für die Planung besonders wichtig. Eine der Bohrungen sei zu einer Grundwassermessstelle ausgebaut worden. Dies habe den Vorteil, die Entwicklung der Grundwasserstände sehen, bewerten und abgleichen zu können. Trotz all der Unterlagen aus der Historie benötige man neue Untersuchungen, führt Herr Fall aus. Hierzu habe man eine digitale Aufnahme des Bestandes gemacht und ein Bodengutachten mit geotechnischem Bericht beauftragt. Zudem werde man ergänzende Bauteil- und Baugrunduntersuchungen vornehmen. Bezüglich des Weiteren Vorgehens befinde man sich in bei der Auswertung vorhandener Unterlagen und bestehender Grundwassermessstellen. Diese werden von Baugrundgutachtern mit den Pegelständen der Donau verglichen. Daraus solle dann das erste Baugrundmodell erstellt werden, welches dem Statiker zur Verfügung gestellt werden könne, damit dieser eine bessere Planungsgrundlage habe. Gleichzeitig werde festgelegt, welche ergänzenden Untersuchungen man an Stellen benötige, welche von INKoBau aus Gründen der Lastabtragung und anderer Aspekte als kritisch eingeschätzt werden. Diese ganzen Informationen fließen letzten Endes in ein Baugrundgutachten ein, welches verschiedene Teile umfasse. Eines davon sei die Gründungsempfehlung. Es gebe allerdings auch Auskünfte über Kampfmittelfreiheit und Kontaminierung, was in dem Fall nicht relevant sei, aber auf der anderen Seite des Anbaus am Stadttheater ein Thema sein könnte, erwähnt Herr Fall. Das Baugrundgutachten werde von INKoBau beauftragt und den Tragwerksplanern zur Verfügung gestellt. INKoBau schlägt daher vor, den Prüfstatiker frühzeitig miteinzubeziehen. Herr Fall glaubt, somit könne man eine Sicherheit schaffen, in der Risiken gut bewertbar und umsetzbar seien. Weiter geht er auf die alten Pläne von 1976 ein, wo eine Baugrunduntersuchung und Bohrung vorgenommen wurde, die man zu einer Grundwassermessstelle ausgebaut habe. In den Plänen sehe man die Grundwasserganglinie der Grundwassermessstelle. Nach den Worten von Herrn Fall ist diese sehr wichtig, um das Verhalten der dortigen Grundwasserstände bewerten zu können. Er denke auch, dass man keine Holzpfähle finden werde, weil man diese bereits beim damaligen Theaterbau gefunden habe. Schon damals solle es während des Baus der Tiefgarage Änderungen gegeben haben. Dies stehe auch in dem Artikel von 1976. Man sehe, auch damals habe es schon der Notwendigkeit bedurft, Fundamente zu ertüchtigen. Die Möglichkeit dies zu tun bestehe, sonst hätte es damals schon nicht funktioniert, betont Herr Fall. Weiter geht er auf das Tragwerkskonzept ein und erklärt, dass man an den roten Linien sehe, dass die Tiefgarage eigentlich im Grundwasser stehe. Man sei sich bewusst, dass die Tiefgarage keine durchgehende wasserdichte Wanne sei, sondern wie ein Flächenfilter funktioniere. Dies bedeute, dass sie eigentlich nicht auftriebssicher sei. Im Umkehrschluss bedeute das, dass die Tiefgarage bei Hochwasseranstieg geflutet werde, um sie auftriebssicher zu machen, erläutert Herr Fall. Der gelbe Umgriff auf Folie 11 zeige das erste Untergeschoss, was komplett zurückgebaut werden solle. In das zweite Untergeschoss gehe man nur in einen ganz kleinen roten Bereich. Nach den Worten von Herrn Fall soll dort

später der Bühnenturm errichtet werden. Im UG2 habe man die Bestandsschlitzwand. Man nehme das UG1 weg und gehe nur in den Bereich des Bühnenturms in das UG2. INKoBau sei bewusst, dass die bestehende Schlitzwand nicht zu 100 Prozent wasserdicht sei, was beachtet werde. Bezüglich des Tragwerkskonzeptes des Neubaus habe man im Prinzip sechs Wände, wo man Lasten abtragen müsse. Geplant sei, diese auf Stützen abzutragen, referiert Herr Fall. Im Bereich des Bühnenturms sei geplant, die Lasten über eine Bodenplatte abzuleiten. Hier habe man ca. 1,5 Meter Platz. INKoBau sei klar, dass man die Tragfähigkeit bei der Ertüchtigung der bestehenden Stützen beachten müsse. Vor dem Hintergrund, dass man das ganze Tragraster im UG1 neu aufbauen könne, könne man die Lasten besser verteilen. Aktuell rechne man bei den ganzen Überlegungen mit einer 80-prozentigen Sicherheit, sagt Herr Fall. Habe man mehr Informationen, könne man sich überlegen, die Sicherheit zu reduzieren und wirtschaftlicher zu bauen. All diese Überlegungen werden nach Aussagen von Herrn Fall laufend berechnet und diskutiert. Nicht nur von INKoBau, sondern auch vom Baugrundgutachter, dem Statiker und dem Prüfstatiker. Herr Fall sagt, er gehe davon aus, Leistungsphase 2 Ende Juli 2021 abschließen zu können. Zum Ende des Jahres 2021 wolle man mit einer Risikoauswertung und einer Kostenberechnung in den Stadtrat gehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte wissen, ob aus den aktuellen Befunden Risiken ersichtlich seien, welche den Baugrund oder das Grundwasser betreffen. Sie erkundigt sich, ob man schon im Dezember über die notwendigen Kenntnisse verfüge, um eine Entscheidung über den geplanten Standort treffen zu können oder ob es sinnvoll wäre, noch einen Dialog mit den damaligen Architekten, Statikern und Baubeteiligten zu führen.

Ein Kontakt zu den damaligen Baubeteiligten habe es bereits gegeben, antwortet Herr Fall. Das Bauen mit einer Schlitzwand sei damals noch am Anfang der technischen Entwicklung gewesen. Zum jetzigen Stand von heute gebe es aus seiner Sicht keinen Punkt, der zeige, dass das Projekt nicht möglich oder nur mit einem unwirtschaftlichen Aufwand möglich sei. Herr Fall versichert, dass es hierzu im Dezember eine fertige Statik geben werde. Auch die Tatsache, dass der Prüfstatiker schon früher im Prozess mit dabei sein soll, welcher normalerweise erst ab Leistungsphase 4 prüfen würde, verschaffe einen Vorsprung. Herr Fall ist der Meinung, vergleiche man den Umfang der Unterlagen mit einer anderen Baustelle, dann sei man hier auf einem ganz anderem Niveau. Außerdem sei man in Kontakt mit dem Oberbauleiter, der die damalige Sanierung geleitet habe. Dieser Gesichtspunkt sei wichtig, schließlich müsse man wissen, in welchem Zustand das Gebäude heute sei. Hier gebe es einige Aspekte, die man untersuchen und berechnen könne, um am Ende eine relativ hohe Sicherheit zu bekommen, verdeutlicht Herr Fall.

Stadtrat Dr. Schuhmann kann nicht verstehen, weshalb das Thema Standort und Alternativen nun wieder diskutiert werde. Schließlich habe der Stadtrat am 14.12.2018 einen einstimmigen Beschluss bei der Jury über den Wettbewerbssieger gefasst. Er kritisiert, dass hinter den jetzigen Fraktionsanträgen die selben Verfechter stünden, welche sich schon damals gegen den Standort ausgesprochen hätten. Er fragt sich, weshalb die Antragsteller ihre Zweifel nicht unmittelbar im Jahr 2019 bei der Abstimmung geäußert haben. Nach seinen Aussagen sei die Beauftragung vom Stadtrat beinahe einstimmig beschlossen worden. Stadtrat Dr. Schuhmann bemängelt, dass sich seit dem Planungsstart im Juni 2020 nichts getan habe, jetzt wo sichergestellt sei, dass der Prüfer von der Landesgewerbeanstalt Bayern komme, Architekten beauftragt wurden und alle Unterlagen vorliegen würden. Stattdessen werde das Thema in der Öffentlichkeit noch mehr angeheizt. Zur Veranschaulichung bringt Stadtrat Dr. Schuhmann die Bäume ins Spiel, welche aus Protest bunt umhäkelt wurden. Auch dass die beiden Bezirksausschüsse Südost und Nordwest nun Alternativ-Vorschläge bringen, halte er für unsinnig. In seinen Augen sei man auf einem Niveau angekommen, wo sich die Stadt Ingolstadt fast lächerlich mache. Er tritt mit der Bitte heran, die Debatte um den Standort endlich wieder einzustellen. Ansonsten bremse man den kulturellen Fortschritt in der Stadt, besonders die jungen Leute vom Theater, die auf eine geeignete Spielstätte warten. Das junge Theater sei ein unglaublicher Gewinn für Ingolstadt,

findet Dr. Schuhmann. Er plädiert dafür, dort weiter zu machen, wo bereits fast einstimmige Beschlüsse vorliegen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll widerspricht Stadtrat Dr. Schuhmann. Nach ihren Kenntnissen stamme der erste Antrag, der zu dem Thema aktuell nochmal gestellt wurde, von der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Dr. Schuhmann merkt an, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion in der Fraktionssitzung gegen den ausdrücklichen Willen von seiner Kollegin Stadträtin Volkwein und ihm beschlossen worden war. Hinter dem Antrag stehe die Absicht, eine weitere Anzahl von Anträgen zu stoppen, erklärt er. Dies sei der SPD-Stadtratsfraktion mit dem Antrag missglückt, stellt Stadtrat Dr. Schuhmann fest.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie halte es für legitim, das Thema nochmals zu diskutieren. Man brauche Sicherheit, um den Weg weitergehen zu können.

Es sei klar, dass die CSU-Stadtratsfraktion hinter den Kammerspielen stehe, gibt Stadtrat Dr. Schickel bekannt. Ingolstadt habe ein hervorragendes Theater mit einem hervorragenden Intendanten. Hierfür brauche man auch ein funktionsfähiges Theater. Andererseits halte er eine Politik, welche sich in Alternativlosigkeiten beuge, für eine relativ kurzsichtige Politik. Deswegen verstehe er nicht, weshalb man den Klenzepark nicht parallel prüfe. Scheitere der aktuell geplante Standort, müsse man eventuell wieder mit einer weiteren Prüfung neu beginnen. Dies sei für ihn nicht ganz nachvollziehbar. Weiter bringt Stadtrat Dr. Schickel das MKKD ins Spiel. In seinen Augen habe das eine mit dem anderem nichts zu tun und könne deshalb nicht als Hauptgrund dafür dienen, die Kammerspiele in Frage zu stellen.

Das eine habe mit dem anderem sicher nichts zu tun, pflichtet Stadtrat Achhammer bei. Bezüglich der Anträge sei er jedoch der Meinung, dass man mit dem Standort total unglücklich sei. Dafür gebe es mehrere Faktoren. Ein Teil dieser Umstände sei auf die Kostensteigerung des MKKD zurückzuführen, glaube er. Nicht um die Kammerspiele zu verhindern, sondern um nicht in das gleiche Loch reinzufahren wie beim MKKD. Von Herrn Fall möchte Stadtrat Achhammer wissen, in welcher Ebene man sich mit der Bodenplatte des Bühnenturms befinde.

Herr Fall antwortet, dass dies die Ebene der Tiefgarage sei. Momentan plane man die Bodenplatte über der aktuell bestehenden Fahrbahn der Tiefgarage. Tiefer wolle man nicht nach unten in den Boden gehen. Ob die Decke dabei entfernt werden müsse, könne man noch nicht sagen.

Stadtrat Achhammer erkundigt sich, ob Gleiches auch für die Stütz- und Statikmauern in der Tiefgarage gelte.

Hier würde man sich an das bestehende Stützraster der Tiefgarage halten, erklärt Herr Fall. Die Frage der Ertüchtigung spiele dabei eine Rolle. Dies könne man aktuell noch nicht endgültig beantworten. Hierfür gebe es verschiedene Methoden wie z.B. eine Ummantelung mit Kohlefaser oder ein Verbreitern der Stützen, erklärt er. Diese Dinge müsse man im Detail klären. Auf dem alten Bild aus der damaligen Bauzeit habe man ähnliche Maßnahmen ergriffen, informiert Herr Fall.

Stadtrat Achhammer möchte in Erfahrung bringen, ob sich bei der Zahl der 96 Stellplätze, welche wegfallen sollen, inzwischen etwas geändert habe und ob man in dieser Angelegenheit bereits Kontakt mit der IFG Ingolstadt AöR aufgenommen habe.

Herr Fall erklärt, dass durch den Bau des Theaters wieder neue Parkplätze entstehen würden. Momentan befinde man sich in der Diskussion, ob entweder 25 Pkw-Stellplätze oder eine Fahrradgarage mit ca. 160 Fahrradstellplätzen entstehen solle. Entscheide man sich

für die 25 Pkw-Stellplätze, wäre man bei den 96 entfallenden Stellplätzen, verdeutlicht Herr Fall. Beide Varianten werden nach seinen Worten für eine Entscheidung vorbereitet.

Stadtrat Achhammer möchte Auskunft darüber haben, ob die Kosten in eine separate Rechnung für die IFG Ingolstadt AöR fließen oder bereits in den Planungskosten des Baus enthalten seien.

Herr Fall antwortet, dass die Ablöse der erwähnten Stellplätze nicht in den Baukosten der Kammerspiele enthalten sei. Die Kosten der Baumaßnahmen dagegen seien selbstverständlich miteinberechnet. Dies betreffe auch die Stellplätze, die wieder erstellt werden, verdeutlicht er. Die IFG Ingolstadt AöR werde in den nächsten Planungsschritten hinzugenommen, um z.B. das Thema Fahrradstellplätze diskutieren zu können.

Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen stehe hinter dem Neubau der Kammerspiele, gibt Stadträtin Krumwiede bekannt. Die genannten Alternativvorschläge Interimsspielstätte und Theaterzelt seien nicht zuschussfähig und sehr teure Lösungen. Auch den Vorschlag der Stadtratsgruppe DIE LINKE, den Turm Baur mit einem Glasdach zu versehen, sei zwar eine charmante Idee, halte sie jedoch für völlig utopistisch. Zudem sei das kleine Haus marode und für keinen Winter geeignet. Grundsätzlich möchte Stadträtin Krumwiede auch betonen, dass es nicht darum gehe, einen Kunsttempel für eine Kulturelite zu errichten. In ihren Augen sei Kultur ein Standortfaktor, der sich sogar für Menschen rechne, welche Kulturangebote gar nicht wahrnehmen. Die Ausgaben für Kunst und Kultur fließen nämlich direkt und indirekt in die heimische Wirtschaft wieder zurück. Dieser Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaftsaufschwung sei in mehreren ökonomischen Studien belegt worden, hebt Stadträtin Krumwiede hervor. Auch die Aussage, dass man sich die Kammerspiele aufgrund der Kostensteigerung des MKKD nicht mehr leisten könne, sei in ihren Augen ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen. Anders als beim MKKD kenne man den Untergrund der Kammerspiele, nämlich die Tiefgarage. Zudem bekomme man bei den Kammerspielen einen Zuschuss von 75 Prozent durch den Freistaat. Man wäre völlig vom Affen gebissen, wenn man jetzt anfangen, einen neuen Standort zu suchen, kritisiert Stadträtin Krumwiede. Für sie gäbe es nur einen einzigen Grund, das Fass mit dem Standort neu aufzumachen, und zwar dann, wenn der Prüfenieur feststelle, dass die Tragfähigkeit der Tiefgarage wider Erwarten doch Probleme mit der Statistik habe. Deshalb unterstütze die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen den Vorschlag der Verwaltung, den Prüfenieur bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu bestellen.

Stadtrat Over kann Stadträtin Krumwiede nicht ganz zustimmen. Selten seien mehr Menschen auf die ÖDP-Stadtratsgruppe so zugekommen als bei dem Bau der Kammerspiele. Stadtrat Over stehe zu seiner Entscheidung, im vergangenen Jahr für den Standort und die Kammerspiele gestimmt zu haben. Trotzdem habe er das Gefühl, dass der öffentliche Druck von Woche zu Woche steige. Er sei der Meinung, dass die Menschen nicht zwischen dem MKKD und der Ersatzspielstätte Kammerspiele unterscheiden. Er meint, dass die Menschen nur das Eurozeichen dahinter sehen. Aktuell fehle Stadtrat Over eine klare Kommunikation, welche man heute im Ausschuss erlebe. Diese sollte man seines Erachtens nach außen tragen, um sich in der Argumentation stärken zu können. Weiter merkt Stadtrat Over an, dass ihm in der Darstellung von Herrn Engert ein Wort zum Turm Baur fehle.

Herr Engert weist zunächst daraufhin, dass sich der Stadtrat beim Neubau der Kammerspiele für ein sehr ungewöhnliches Verfahren entschlossen habe, um möglichst viel Sicherheit für das Verfahren zu gewinnen. Nämlich bis Leistungsphase 3 zu vergeben, ohne abschließend entschieden zu haben, ob die Kammerspiele nacher so gebaut werden. D.h. man habe bis dahin 3 Mio Euro ausgegeben, um Kostensicherheit zu gewinnen und erst dann entscheiden zu müssen. Dies mache man bei keiner anderen Baumaßnahme, betont er. Auf die Nachfrage von Stadtrat Over teilt Herr Engert mit, dass der Turm Baur insgesamt extrem sanierungsbedürftig sei. Bereits im Jahr 2000 habe man gemeinsam mit dem Freistaat Bayern für den Turm Triva den Einbau eines Daches überprüfen lassen. Allein für das

Glasdach sei man zu erheblichen Kosten gekommen. Wolle man dort Theater spielen, brauche man zusätzlich eine technische Ausstattung. Herr Engert ist der Überzeugung, dass diese Alternative mindestens so viel kosten würde wie die Kammerspiele und dazu nachher kaum vergleichbar nutzbar wäre. Deswegen hält er den Turm Baur nicht als Theater-Ersatzspielstätte geeignet. Bezüglich der Vorschläge der Bezirksausschüsse habe man in der Vorlage der Verwaltung dargelegt, weshalb der Standort in der Innenstadt sein sollte, sagt Herr Engert. Trotzdem habe sich die Verwaltung über den Versuch der Bezirksausschüsse gefreut, die Kammerspiele in deren Bereich zu bekommen. Dies zeige, dass es auch Bürger gebe, welche die Kammerspiele durchaus als attraktiv und klare Aufwertung empfinden. Diesen Aspekt sollte man nicht vergessen, wenn man an den Druck der Öffentlichkeit denke, untermauert Herr Engert.

Stadträtin Hagn schließt sich der Meinung von Stadtrat Dr. Schuhmann an. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stehe hinter dem Projekt Kammerspiele und aus städteplanerischer Sicht auch hinter dem jetzigen Standort. Es mache keinen Sinn, wieder in Planungen einzusteigen, die der Stadtrat bereits vor ihrer Zeit als Stadträtin beschlossen habe. Es habe sich gezeigt, dass sich die Alternativ-Standorte nicht realisieren ließe. Deshalb plädiert die JU dazu, die Planungen zu beenden. Solange keiner sage, dass sich die Kammerspiele an diesem Standort nicht realisieren ließen und auch die Kosten nicht völlig durch die Decke gingen, stehe die JU hinter dem Projekt. Aktuell gebe es keinen Grund umzuschwenken, führt Stadträtin Hagn aus.

Was den öffentlichen Druck und die momentane finanzielle Situation betreffe, ist Stadträtin Leininger der Meinung, dass man sich auf die Ergebnisse und Prüfungen der Verwaltung berufen könne. Diese sehe sie als eine Art Handzettel, mit dem man auf die Straße gehen könne, um den Neubau der Kammerspiele zu begründen. Zudem gebe es ihrer Ansicht nach zwischen dem MKKD und den Kammerspielen einen entscheidenden Unterschied. Nämlich die 75 Prozent Förderzuschuss vom Freistaat Bayern. Mit diesen Argumenten könne man den Bürgerinnen und Bürgern erklären, weshalb man ein weiteres großes Projekt anpacken möchte. Sie versteht Stadtrat Achhammer nicht, weshalb dieser immer noch mit dem Standort unglücklich sei. So eine Botschaft an den Bürger müsse man auch begründen können. Sie halte den Standort aus städteplanerischer Sicht für hundertprozentig richtig. Im Hinblick auf den Untergrund des MKKDs und den dort vorgefundenen Überraschungen möchte Stadträtin Leininger noch einmal konkret wissen, ob so ein Fehler an diesem Standort überhaupt möglich sei, angesichts der Tatsache, dass hier die Tiefgarage stehe und Baumaßnahmen in der Vergangenheit bereits stattgefunden haben. Ansonsten wünsche sie sich mehr Durchhaltevermögen im Gespräch gegenüber Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Fall denkt, dass man aufgrund der Vielzahl an historischen Unterlagen und vor dem Hintergrund, dass INKoBau nachträglich noch Untersuchungen hinsichtlich der Lastabtragung vornehmen möchte, auf einem sehr hohen Niveau sei. Zudem sehe das Grundkonzept erst gar nicht vor, unter die bestehende Fahrbahn bzw. nur teilweise zur Ertüchtigung von Fundamenten zu gehen, betont er. Je weniger Spezialtiefbau desto besser. Diese Vorgabe habe man dem Tragwerksplaner mitgegeben.

Stadtrat Köhler empfinde es als Aufgabe eines Stadtrates, Anträge so explizit zu stellen. Immerhin brauche man eine gewisse Absicherung. Er denke, dies habe man mit der heutigen Vorlage der Verwaltung zu aller Zufriedenheit geschafft. Auch er sei ein Verfechter des Standortes der Kammerspiele an diesem Ort. Er hoffe, das Thema im Dezember gemeinsam über die Bühne zu bekommen.

Nach den Worten von Stadtrat Dr. Schuhmann seien sich damals alle einig gewesen, zwischen Theater Ost und dem Neuem Schloss aus städtebaulichen Gründen nichts zu errichten. Deshalb sei nur noch dieses Dreieck zur Donau hin übrig geblieben, erinnert er. In seinen Augen bekomme man dort mit dem Herzogskasten, dem Hämerbau und den Kammerspielen einen Kulturplatz, von dem manch andere Stadt träumen würde. Stadtrat Dr.

Schuhmann erbittet, diesen Standort nicht immer wieder in Frage zu stellen. An Stadtrat Over gerichtet, fragt sich Stadtrat Dr. Schuhmann, wer denn den öffentlichen Druck erzeuge? Seien es nicht manchmal die Stadträtinnen und Stadträte selber, die sich an den Donaukurier wenden und sich beklagen? Diese Frage wolle er schon auch mal in diesem Raum stellen dürfen.

Stadtrat Achhammer erklärt, dass sich alle drei Sieger des Wettbewerbs für diesen einen Standort ausgesprochen hätte. Nur aus diesem Grund habe er damals für den Standort gestimmt. Er stellt klar, dass die CSU-Stadtratsfraktion bereits im Vorfeld des Wettbewerbs schon immer für einen anderen Standort gewesen sei. Die CSU bevorzuge nach wie vor einen Anbau im Süden des Stadttheaters. Aus seiner Sicht gebe es mehrere Gründe, welche gegen den jetzigen Standort an der Schutterstraße sprechen. Im übrigen habe er auch Zweifel, wie eine Einbindung der Schutterstraße und Schlosslände dort funktionieren soll. Weiter berichtet Stadtrat Achhammer von einem Gespräch zwischen dem Projektleiter der Tiefgarage Theater West und dem Bauleiter der Tiefgarage Theater Ost. Nach seinen Worten soll der Bauleiter der Tiefgarage Theater Ost gesagt haben: "Ihr seid verrückt, wenn ihr dort hinbaut". Deshalb bittet Stadtrat Achhammer darum, den Bauleiter der Tiefgarage Theater West in die nächste Sitzung des zuständigen Gremiums einzuladen, um die baulichen Gegebenheiten der Tiefgarage Theater West zu erläutern. Er sei sich sicher, dass man auf einem guten Weg sei. Trotzdem wolle er sich nochmal eine Bestätigung von einer neutralen Person einholen, um auf der sicheren Seite zu sein. Außerdem beantragt Stadtrat Achhammer, die Überlegungen von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzepark unter Punkt 2 des Beschlussantrages wiederaufzunehmen. Er wolle dadurch keine Abstimmung oder parallele Untersuchung des Standortes herbeiführen, sondern diese Option lediglich bis zur Vorlage der Projektgenehmigung im Dezember offen halten. Sollte dieser Antragspunkt bis dahin von der CSU-Stadtratsfraktion noch bestehen, könne man darüber abstimmen, schlägt er vor.

Insofern würde man Punkt 2 des Beschlussantrages so umformulieren, sodass die Überlegungen zum Klenzepark bis zur endgültigen Entscheidung über den jetzigen Standort zurückgestellt werden, stellt Herr Engert fest. Dies könne man tun, bejaht er.

Stadtrat Achhammer bestätigt die Aussage von Herrn Engert.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, somit hätte man einen Plan B.

Stadträtin Volkwein sagt, sie erlebe gerade ein Déjà-vu. Man habe von Herrn Engert gehört, weshalb dieser Raum aus diversen Gründen nicht zur Verfügung stehe. Jetzt komme man wieder mit dem Vorschlag.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie habe die Bitte von Stadtrat Achhammer als Plan B verstanden, falls der jetzige Standort nicht möglich sei.

Herr Fall ist der Meinung, egal um welchen Standort es sich handle, man führe überall ähnliche Diskussionen. Im Klenzepark gebe es klare Hinweise darauf, dass mit Archäologie und Kontaminierung zu rechnen sei. Zudem gebe es kein Gründungskonzept, da man den Boden nie untersucht habe. Das bedeute, man hätte bei Weitem nicht so eine Basis von Grundlagen wie an dem jetzigen Standort, warnt er. Bezüglich eines Anbaus am Theater weist Herr Fall darauf hin, dass man dort erst einmal selbst eine Baugrube mit entsprechender Baugrubenabsicherung (z.B. einer Schlitzwand) bauen müsste, welche hingegen beim jetzigen Platz bereits vorhanden sei.

Stadtrat Lipp stellt klar, dass es damals nicht immer einheitliche Beschlüsse gegeben habe. Zum Bebauungsplan im Stadtrat vor einem halben Jahr habe es Gegenstimmen der AfD-Stadtratsfraktion und der FW-Stadtratsfraktion gegeben. Bezüglich der finanziellen Lage und der Kostensteigerung des MKKDs halte es Stadtrat Lipp für richtig, sich zu überlegen, ob

man sich die Kammerspiele noch leisten könne. Die Ausweichspielstätten hinterlassen zwar ein schönes Gebäude, aber man habe trotzdem Folgekosten. Deshalb plädiere er dafür, Übergangslösungen mit Minimalkosten, beispielweise die von Stadtrat Pauling vorgeschlagene Zeltvariante oder den Turm Baur weiterzuverfolgen. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei den Förderzuschüssen, die von Bund und Land gewährt werden, auch nur um Steuergelder handle. Darüber sollte man sich im Klaren sein, wenn man ständig von Steuergeld spreche, untermauert Stadtrat Lipp.

Die FW-Stadtratsfraktion stehe grundsätzlich auch hinter den Kammerspielen, gibt Stadtrat Reibenspieß bekannt. Von Anfang an seien jedoch auch sie gegen diesen Standort gewesen, weil sie ihn nicht für geeignet halten. Deshalb haben die Freien Wähler den Kontakt zu Herrn Weber und seinem Team gesucht, um ihren Wunsch-Standort zu erklären. Dies wollten sie unbedingt kommunizieren, warum das so ist. Bezüglich der erwähnten 75 Prozent Förderzuschuss, stellt Stadtrat Reibenspieß klar, dass dies nicht bedeute, dass die Stadt deshalb nur 25 Prozent an Kosten tragen müsse. Das werde schon etwas mehr sein. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, dass es sich beim Förderzuschuss immer um die förderfähigen Kosten handle.

Herr Engert bestätigt, dass sich der Zuschuss auf die förderfähigen Kosten beziehe. Da bei den Kammerspielen relativ wenig nicht förderfähige Flächen, wie z.B. große Gastronomien gebaut werden sollen, dürfte die Förderquote relativ gut sein, meint er. Man schätze die Fördersumme auf 60 Prozent bzw. 2/3 der Gesamtkosten, was schon ein erheblicher Bereich sei. An Stadtrat Lipp gewandt, sagt Herr Engert, dass man auch bei einer Zeltlösung auf eine Summe von 10 bis 15 Mio. Euro kommen würde. Hier wäre man mit Sicherheit nahe an dem Anteil, den man auch für die Kammerspiele leisten müsse, unterstreicht Herr Engert. Das heißt, diese Lösung habe für Ingolstadt keinen Vorteil, sondern nur Nachteile. Den Standort am Klenzepark möchte er im Moment nicht weiterverfolgen. Dort gebe es mit Sicherheit Bodenrisiken, die man noch nicht untersucht habe, betont Herr Engert. Im übrigen gebe es in Ingolstadt an fast jedem Standort Bodenprobleme, da man sich am Donaubecken befinde und aufgrund der Nähe zum Grundwasser einen sehr weichen Untergrund habe. Dies wolle Herr Engert noch einmal klarstellen, da ihn hier auch vermehrt Nachfragen zu den Schulbauten erreichen. Ein Anbau im Süden des Theaters sei nach Worten von Herrn Engert aufgrund des Urheberrechts nicht möglich. Herr Engert sei sehr zuversichtlich, dass man mit dem jetzigen Standort auf einem guten Weg sei. Als abschließende Bemerkung sagt Herr Engert an Stadtrat Reibenspieß gerichtet, dass man hinter den Kammerspielen stehen könne, aber ohne Standort sei dies eine ziemlich allgemeine Erklärung. Das heißt, man brauche einen Standort, sonst werde es zum Schluss keine Kammerspiele geben.

Stadtrat Achhammer beharrt darauf, unter Punkt 2 des Beschlussantrages wenigstens den Passus "werden erstmal nicht weiterverfolgt" aufzunehmen. Damit wäre die CSU-Stadtratsfraktion zufrieden. Er wolle die Option nur nicht ganz ausschließen. Er sei sich sicher, wenn damals bei den drei Wettbewerbssiegern ein Teilnehmer dabei gewesen wäre, der einen vernünftigen Südanbau am Theater vorgesehen hätte, dann hätte man das Urheberrecht bestimmt auch angreifen können. Damit hätte man heute eine Alternative, die man jetzt nicht habe. Weiter begehrt Stadtrat Achhammer eine Einladung des Bauleiters der Tiefgarage Theater West entweder zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit oder des Stadtrates.

Herr Fall informiert, man habe sich bereits mit dem Bauleiter der Tiefgarage Theater West verständigt und gesagt, man wolle sich noch einmal zusammensetzen, wenn das Konzept tiefer stehe. Schließlich habe man Tragwerksplaner und Baugrundgutachter, die Raum benötigen, um ihre Ergebnisse erreichen zu können. Für einen Dialog mit dem Bauleiter schlägt Herr Fall einen separaten Termin in einem anderen Rahmen vor. Hierzu können vielleicht auch interessierte Bürger teilnehmen. Wichtig dabei sei ihm, dass dies erst zu einem Zeitpunkt geschehe, wenn das Konzept des Tragwerks stehe. Sonst rede man wieder über Dinge, die final noch nicht entschieden seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält den Vorschlag von Herrn Fall für sinnvoller, da sie bereits einen Blick in die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit geworfen und festgestellt habe, dass diese ähnlich lang sei wie die heutige Tagesordnung. Für eine Spezialdiskussion sei ihres Erachtens deshalb ein anderes Format geeigneter.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf den Kommentar von Stadtrat Achhammer. Ein neutraler Gutachter, der sagt "ihr seid verrückt", stelle in ihren Augen keine Neutralität her.

Stadtrat Achhammer meint, dies habe ein anderer gesagt.

Eine Fachdiskussion in einem Ausschuss oder Stadtrat zu halten, hält Stadträtin Leininger für fatal. Letztendlich ziehe man wieder das heraus, was man hören wolle und es ende in einer Endlosschleife.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fasst abschließend zusammen, dass eine Spezialdiskussion zwischen dem Bauleiter der Tiefgarage Theater West, den tätigen Spezialisten von damals und heute in einem geeigneten Format stattfinden könne. Für mehr Transparenz könne eine Teilnahme von Bürgern ermöglicht werden. Weiter erkundigt sie sich, ob die Ausschussmitglieder mit der Formulierung "werden momentan nicht weiterverfolgt" unter Punkt 2 des Beschlussantrages einverstanden seien.

Abstimmung über Antrag der Verwaltung:

Mit allen Stimmen befürwortet:

1. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der INKoBau zu den Anträgen der SPD-Fraktion vom 04.05.2021 und der UWG-Fraktion vom 25.03.2021 und 05.05.2021 werden zur Kenntnis genommen.
2. Überlegungen oder eine Wiederaufnahme von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzepark, wie von der CSU-Fraktion mit Antrag vom 14.05.2021 beantragt, **werden momentan nicht weiter verfolgt.**
3. Die Standortüberlegungen der Bezirksausschüsse Südost und Nordwest zur Situierung der Kammerspiele werden nicht weiterverfolgt.